

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint  
an allen Werktagen.  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20  
monatl. 40 Pf.  
bei allen würtl. Postanstalten  
und Boten im Orts- u. Nach-  
barortsverkehr viertel. M. 1.  
ausserhalb desselben M. 1.  
hiesu Bestellgeld 30 Pfg.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt  
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzklösterle ic.  
mit  
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.  
Auswärtige 10 Pfg. die klein-  
spaltige Garmondzeile.  
Reklamen 15 Pfg. die  
Petitzelle.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Abonnements  
nach Uebereinkunft  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwäl' er Wildbad.

Nr. 226.

Mittwoch, den 27. September

1905.

### Parteitag der deutschen Volkspartei.

(Fortsetzung.)

Frankfurt a. M., 23. September.

#### Das Gemeindeprogramm.

Die Beratung wendet sich nun dem Hauptpunkt des heutigen Tages zu, dem Entwurf zu einem Programm der demokratischen Kommunalpolitik.

Referent ist Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe. Der Entwurf ist aus den Beratungen der auf dem letzten Parteitag eingesetzten Kommission hervorgegangen. Er verlangt vor allem völlige Selbstverwaltung der städtischen Gemeinden. Nur dem Gesetz, den ordentlichen Gerichten oder den Verwaltungsgerichten soll die Gemeinde unterstehen. Der Redner erinnert an die zahlreichen Fälle, in denen die Gemeinden unnütz und ungerecht bevormundet werden. Man habe im Entwurf die Möglichkeit offen gelassen, etwaige angelegliche Verwaltungsakte der Gemeinden durch die Klage bei den Verwaltungsgerichten anzufechten. Hiergegen habe sich die Kritik der „Frankfurter Zeitung“ und des bedeutenden sozialistischen Kommunalstatistikers Lindemann gewandt. Die Kommission sei aber der Ansicht gewesen, daß die Trennung von Justiz und Verwaltung ein gesundes Prinzip darstelle. Wenn man die volle Loslösung von der staatlichen Aufsicht nur für die städtischen Gemeinden verlangt habe, so sei die Kommission von der Erwägung geleitet worden, daß kleine ländliche Gemeinden manchmal noch der staatlichen Aufsicht bedürfen, z. B. im ländlichen Armenwesen usw.

Der Referent geht hierauf ausführlich auf die einzelnen Punkte des von uns ja bereits veröffentlichten Entwurfs ein und fand besonders an den Stellen, die besonders sozialfortschrittlich sind, wiederholten Beifall.

#### Die Debatte.

Dr. Zirndorfer-Frankfurt vertritt die Anträge, die der Frankfurter demokratische Verein zum Entwurf gestellt hat. Manche dieser Abänderungen decken sich mit dem Stuttgarter Vorschlag. Wir wollen eine genauere Fassung der Bestimmungen über das Verwaltungsstreitverfahren, eine progressive Einkommensteuer. Konrad Haußmann empfiehlt die Stuttgarter Fassung, die gleichfalls nur kleine Abweichungen nötig macht, sodas es möglich sein wird, die Arbeit zu Ende zu führen. In Sachen der Selbstverwaltung giebt der Stuttgarter Entwurf die Möglichkeit, nicht nur eine „Städteordnung“, sondern auch für die Kleinen und ländlichen Gemeinden ein Kommunal-Programm zu schaffen. Die Verantwortlichkeit der Gemeinden und des Staates muß klarer gegeneinander abgegrenzt werden. Jetzt kommandiert vielfach der

Staat, und die Gemeinde trägt hinterher die Verantwortlichkeit. In Angelegenheiten der Gesamteinwohnerschaft muß die Gemeinde ein Petitionsrecht erhalten; das ist eine prinzipielle Forderung, besonders wichtig bei Fragen, die mit der Politik Berührung haben, bei Getreidezöllen, Fleischnot usw.

Der Redner empfiehlt schließlich, einer weiteren Kommission die endgültige redaktionelle Fassung zu übertragen.

Quidde weist auf das starke Beamten-Element mancher bayerischen Städte hin; es dürfe nicht das Uebergewicht über die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder bekommen.

Gegen die Fleischsteuerung wendet sich, wohl durch Haußmanns Hinweis angeregt, Glori-Koblenz.

Quidde befragt eine gewisse Aufenthaltshäuser als Voraussetzung des Gemeindevahlrechts. Eine gewisse Geschäftigkeit des Gemeindevählers widerspreche nicht der Forderung des allgemeinen, geheimen, gleichen, direkten Wahlrechts.

Mainzer-Mannheim fordert eine Vermehrung der Rechte der Stadtverordneten, wie der Mannheimer demokratische Verein sie angeregt hat.

Dr. Köhler-Frankfurt hat nichts gegen eine etwa einjährige Karenzzeit für das Gemeindevahlrecht; die einzelnen Gemeinden könnten sie gegebenenfalls festsetzen.

Konrad Haußmann findet, daß die Mannheimer Anregung im Programm-Entwurf schwer zu formulieren wäre, so richtig sie sei. Man könnte jedoch hinzufügen, daß der Schwerpunkt der Verwaltung bei den von den Bürgern gewählten Vertretern liegen solle, nicht bei den angestellten Gemeindebeamten.

Mainzer-Mannheim, Dr. Haas-Karlsruhe und Dr. Zirndorfer-Frankfurt verteidigen die Mannheimer Anregung. Die Kommission möge die rechte Fassung finden.

Zum Gemeindesteuerverfahren empfiehlt Konrad Haußmann die Stuttgarter Fassung. Zweifelhaft ist ihm, ob man die Erbschaftsteuer für Gemeindegewerke beanspruchen soll, weil Reich und Länder sie vielleicht in Zukunft stärker heranziehen werden. Die Wertzuwachssteuer denkt sich der Redner so, daß ihre Voraussetzung der Nachweis ist, daß der Wertzuwachs nicht durch Meliorationen des Besitzers entstanden sei. Andernfalls habe er ernste Bedenken gegen eine schrankenlose Wertzuwachssteuer. Mit der erwähnten Voraussetzung jedoch könne man sich wohl praktisch fassen. Verbrauchsabgaben müssen nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für Brennmaterial und Ähnliches fortfallen.

Mainzer-Mannheim hält die Mehrwertsteuer nicht für völlig geklärt. Es giebt auch Wertverminderungen

bei Grundstücken, und dafür wird nichts vergütet. Gegen das Spekulantentum könne man die Forderung der Sicherung der Ansprüche der Bauhandwerker erheben.

Fuchs-Heilbronn möchte die Reihenfolge festlegen, in der die Gemeindegelder zur Deckung der Gemeindeausgaben herangezogen werden sollen, erst das Gemeindevermögen, dann die Steuern.

Dr. Zirndorfer-Frankfurt will die landwirtschaftlichen und gärtnerischen Interessen beim Bodenwertzuwachs schützen; das lasse sich auch in den Stuttgarter Entwurf einschalten.

Wedel-Frankfurt schildert die Frankfurter Bodensteuerpolitik, deren System sich gut bewährt hat.

Dr. Haas tritt ebenfalls energisch für die Wertzuwachssteuer ein, ohne die das ganze Programm lädenhaft wäre.

Quidde meint, daß die Riquelsche Steuerreform, so verbesserungsbedürftig sie auch sei, doch in der Teilung der Steuergattungen zwischen Staat und Gemeinde vorbildlich sei. Der Münchener Entwurf halte das klar auseinander, während im Stuttgarter Entwurf z. B. von der Gewerbesteuer gar nicht die Rede sei.

Der Vorsitzende Dejer erinnert daran, daß die Kommission manche dieser Einzelheiten besser prüfen könne als die Vollversammlung.

Reis-Stuttgart und Stettner-Heilbronn machen Mittelungen, die ebenfalls als schätzbare Material für die Kommission dienen können.

Landtagsabg. Jhrig-Mannheim befürwortete den Schuldenabzug bei der Grundbesteuerung nach dem gemeinen Wert.

In Sachen des Gemeindefchulwesens wünscht Dr. Haas eine durchaus klar, uneingeschränkte Stellungnahme zugunsten der Simultanschule, schärfer als im Stuttgarter Entwurf. (Beifall.) Lehrer von Au-Mannheim tritt für den Fortbildungsunterricht ein, wie ihn die Mannheimer Anträge vorschlagen, und für eine deutliche Fassung des Programmpunktes, der die Sonderklassen für Minderbegabte betrifft.

Quidde hält es für fraglich, ob die konfessionslose Schule jetzt schon eine erreichbare Forderung für manche Landgemeinden und für alle Verhältnisse sei. Das Ideal sei die konfessionslose Schule freilich und die Simultanschule sei nur eine Abschlagszahlung, aber man muß zunächst nehmen, was man bekommen kann.

Mehrere Vorschläge, z. B. zum unentgeltlichen Beerdigungswesen, gehen an die Redaktionskommission.

Zur städtischen Arbeiterpolitik empfiehlt Quidde nachdrücklich die Arbeitslosenversicherung nach dem Genfer System. Die Förderung der Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Grundlage ist ein

### Der Falschmünzer.

Roman von Alexander Wilbrandt.

18

„Nun?“ sagte Billeneuve, der ihn forschend ansah. „Was geht mit Dir vor, was hast Du?“

Albert hatte sich wieder beherrscht und freundlich lächelnd sagte er verlegen: „Ich bitte Sie um Verzeihung, mein Herr, auf diese Begegnung war ich wenig vorbereitet.“

„Was soll das sagen?“

Boursaults Blick hatte sich verfinstert und, sich dem jungen Offizier nähernd, sagte er: „Sollte ich die Ehre haben, von Ihnen gekannt zu sein!“

Albert schüttelte den Kopf, und vor Verlegenheit erröthend, sagte er: „Ich glaube nicht, daß ich mich irre, es scheint mir

„Was?“ unterbrach ihn Boursault.

„Verzeihen Sie meine Dreistigkeit, mein Herr, waren Sie vorgestern nicht in der großen Oper?“

„Ja, ich bitte Sie darum, sagen Sie es mir.“

„Nun, sie ist meine Frau.“ Bei diesen Worten grüßte er nochmals die Anwesenden und ging fort.

Albert war wie vom Blitz gerührt.

In demselben Tage gegen drei Uhr hielt ein Wagen auf dem Posthofe Rue Montmartre. Als bald öffnete sich die Wagenthür, und ein Passagier trat heraus, indem er eine Kiste aus einer beliebigen italienischen Oper trillerte.

Darauf nach der Uhr sehend, zog er aus seiner Tasche ein Fünftausendstück, und es dem Kutscher reichend, sagte er: „Da, nehmen Sie das Fahrgeld, die fünfzig Centimes, welche darüber sind, behalten Sie als Trinkgeld.“

Der Kutscher, sichtlich erfreut, wünschte dem jungen Manne glückliche Reise, und fuhr eiligst wieder von dannen.

Dieser zündete sich gemächlich eine Zigarre an und trat dann in das Postbureau, wo schon eine Anzahl Reisender mit ihrem Gepäck auf die nahe bevorstehende Abfahrt wartete.

„Es ist erst in fünf Minuten drei Uhr,“ sagte er zu sich, indem er nachmals nach der Uhr sah; „ich habe also noch zehn Minuten Zeit.“

Der Fremde war ein Mann von mittlerer Größe, ein wenig beleibt, aber von ungewöhnlicher Lebendigkeit. Er schien jeden Passagier mit großer Aufmerksamkeit zu betrachten; in seiner Unstätigkeit hin- und herschreitend, blieb er plötzlich vor einem Koffer stehen, der mit dem Namen des Eigentümers versehen war.

„Albert Billeneuve,“ murmelte er, „o, den habe ich am allerwenigsten hier erwartet; aber Geduld, mein Freund, wir wollen die Sache nicht überstürzen.“ Und als wenn er besorgt hätte, erkannt zu werden, schob er das Halbtuch in die Höhe und hüllte sich dicht in seine Reisebede. „Ich möchte doch wohl wissen,“ fügte er für sich hinzu, „zu welchem Zweck der junge Seemann diese Reise machen will.“

Es sollte nicht lange dauern, als Albert Billeneuve in den Posthof trat und hinter zwei Passagieren stehen blieb, von denen der eine Boursault war und der andere das anmutige junge Mädchen, welches er in der großen Oper gesehen hatte.

Beide trugen in der Hand Gegenstände, mit denen man sich gewöhnlich versieht, wenn man eine Nacht unterwegs zubringen will; sie waren sehr spät gekommen, und der alte Herr hatte kaum Zeit, nach dem Schalter zu eilen, um sich Fahrkarten zu nehmen und die Reiseseffekten expedieren zu lassen.

Die junge Dame blieb daher einige Augenblicke allein, diese waren aber genügend, um den Plan, den Albert entworfen hatte, zur Ausführung zu bringen. In einem Augenblicke näherte er sich ihr, um ihr einige halblaute Worte zuzusprechen. Darauf entfernte er sich rasch, und als Boursault zurückkehrte, war er schon verschwunden.

„Bolsan,“ sagte der Fremde, aus seinem Winkel hervortretend, „ich will darauf wetten, diese beiden stehen in naher Beziehung zu einander; aber wenn ich sie auch noch nicht enträtseln kann, so genügt es mir doch, daß ich den jungen Offizier wieder erkannt habe, er wird hoffentlich ein angenehmer Reisetaximeter sein, indessen will ich auch in das Abteil stel-

gen, in welchem sich die junge Dame befindet wird, und ihr womöglich jede Gefälligkeit erweisen.“

In jener Zeit, in welcher unsere Erzählung spielt, war ein Postwagen in drei Abteilungen geteilt: das Coupee, das Interieur und die Rotunde, gleichsam wie auf der Eisenbahn, wo drei Wagenklassen bestehen.

Unser Mann hatte die junge Unbekannte mit dem alten Herrn in das Coupee steigen sehen.

Nach ihnen war noch ein anderer Passagier hineingestiegen, den er bis dahin noch nicht bemerkt hatte. Als er sich endlich überzeugt hatte, daß die drei inneren Abteilungen besetzt waren bequeme er sich, oben auf den Wagen zu klettern und dort Platz zu nehmen.

Allein bevor wir in unserer Erzählung fortfahren, müssen wir nun wohl dem Leser mitteilen, wer dieser Fremdling eigentlich war.

Er nannte sich Rivert.

An demselben Morgen, wo Herr Billeneuve von der Fälschung der Banknoten benachrichtigt worden war, hatte der Polizeidirektor diesen Mann sofort zu sich kommen lassen, um demselben von diesem Umstande zu instruieren und von diesem Gewährsmann die erforderlichen Maßregeln ausführen zu lassen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß eine bedeutende Anzahl falscher Noten in Umlauf gesetzt seien, und daß diese namentlich von einer Filiale in Angoulême ausgingen.

„Sie müssen sich,“ fuhr der Direktor fort, „dorthin begeben und dort, ohne Aufsehen zu erregen, einige Tage strenge Beobachtung halten; vermeiden Sie jeden Argwohn, und wenn es nötig ist, so machen Sie Ausflüge in die Umgegend. Der Falschmünzer muß dort wohnen und muß ein Leben führen, welches diesen reichen Existenzmitteln entspricht. Sie brauchen diese Gegend nur zu durchstreifen, gewiß werden Sie hier oder dort eine Spur finden; Sie haben bekanntlich eine gute Spürnase; es ist nicht das erste Mal, daß man eine wichtige Sache Ihrer Obhut anvertraut. Also brechen Sie noch heute abend auf und benachrichtigen Sie mich von allem, was Sie tun, ohne einem andern davon Mitteilung zu machen.“

126,20  
Rivert hatte sich verneigt, ohne zu antworten, indessen leuchteten seine Augen wie ein Blitz. „Sie sollen mit mir zufrieden sein,“ sagte er endlich, „um drei Uhr werde ich mit der Post abfahren und übermorgen meinen Einzug in Angoulême halten.“



bereits festgelegter Programmpunkt, auf den wir stolz sind, und an dem wir festhalten. (Bravo!) Auch Dr. Haas-Karlsruhe spricht in diesem Sinne und für paritätische Arbeitsnachweise.

Konrad Haasmann erklärt seine Sympathie für die „anständige Lohnklausel“, aber sie sei eine schwere Zumutung für Gemeinden, in denen das Gewerbe selber sich noch nicht über seine Lohnsätze geeinigt hat. Wo die Dinge klar liegen, könne man die Klausel verlangen; sonst führe sie zu Denunziationen der Konkurrenten usw. Die Arbeitslosenversicherung wolle auch er. Aber wenn sie nur in den Städten geschaffen würde, so erzeuge man eine Landflucht wie noch nie zuvor. Es bleibt zu überlegen, ob nicht Reich und Länder die Arbeitslosenversicherung machen sollen, statt der Kommunen. Der Stuttgarter Vorschlag verlange ja schon die Erhebung der Statistik. Nach deren Ergebnis kann man handeln, für die Arbeitslosenversicherung zur Propaganda eintreten, aber vorsichtig bei der praktischen Einführung vorgehen.

Dr. Haas-Karlsruhe verweist auf die bereits eingeführte „anständige Lohnklausel“ in mehreren Großstädten.

Zum Submissionswesen nehmen Mainzer und Luidde das Wort; es sei wesentlich, bei diesem Punkt die Mittelstandspartei in Betracht zu ziehen.

In der Wohnpolitik legt Dr. Haas auf das im Stuttgarter Entwurf fehlende Erbbaurecht nochmals besonderen Wert. Ebenso Köhler, der die guten Frankfurter Erfahrungen schildert. Luidde empfiehlt die Berücksichtigung der privaten Bautätigkeit, soweit wie möglich. Dr. Reiss-Stuttgart hält die Frage, ob die private Bautätigkeit die Bedürfnisse befriedige, für höchst schwierig; deshalb müsse die gemeinnützige Bautätigkeit ausdrücklich programmatisch gefordert werden. Haasmann hält den Erbbau nur bei reichen Gemeinden für zweckmäßig also z. B. in Frankfurt. Jedemfalls sei die Erbpacht nicht ohne weiteres überall zum Programm zu erheben. Dr. Haas verteidigt nochmals den Erbbau. Misträuen darf uns nicht schrecken.

Die Kommission wird auch diesen Punkt näher beraten, ebenso Münchner volkshygienische Anregungen, die Luidde befürwortet, und eine Haasmannsche Empfehlung der fakultativen Feuerbestattung.

Die Redaktions-Kommission setzt sich zusammen aus: Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, Mainzer-Mannheim, Luidde, Konrad Haasmann und Dr. Köhler-Frankfurt.

Damit schließt die Verhandlung nach vierstündiger Dauer gegen 9 Uhr abends.

#### Der Familienabend.

Im Vorjahre fand um 9 Uhr vor einer stattlichen Festversammlung Familienabend statt. Landtagsabgeordneter Dejer hielt die Begrüßungsansprache. Muser-Offenbach sprach in ersten Worten über den wahren Patriotismus. In humorvollen Worten brachte Prof. Luidde-München den Damentoast aus. Reichstagsabg. Haasmann sagt, es werde in Deutschland zuviel geredet auf Thronen und auf Parteitag. Das demokratische Programm lasse sich kurz zusammenfassen. Es könne in Deutschland weit besser, billiger und geräuschloser regiert werden, als das jetzt der Fall ist. Der Redner trank auf das Wohl der Stadt Frankfurt. Reichstagsabgeordneter Blumenthal überbrachte die Grüße der elsass-lothringischen Demokratie und schloß mit einem Hoch auf die Volkspartei. Bis lange nach Mitternacht saß man bei gemeinsamem Gesang zusammen.

#### Frankfurt, 24. September.

In der Sonntags-Versammlung wurde zunächst die Wahl des Engeren und Weiteren Ausschusses der Partei vollzogen.

Dann sprach Payer über den Reichstag und die politische Situation. Er schilderte die Parlamentsnot, die durch die Diätenlosigkeit mit herbeigeführt wird, aber jeden Freien recht zu sein scheint, die dem Volke den Parlamentarismus vereiteln möchten. Die Volkspartei habe getan, was sie konnte. Daß sie recht hatte, den Posttarif abzuschneiden, lehrt jetzt die Fleischnot, über die das Agrarierturn sich frivolo hinwegsetzen will, und die zur allgemeinen Verurteilung werden wird, wenn erst der Posttarif seine Wirkung übt. Der Redner bespricht dann die Kolonialpolitik, die schweren Opfer, die wir für Südwestafrika bringen, und die geringen Vorteile, die es als Gegenleistung bisher gebracht hat. Der Militarismus habe dabei schlecht abgeschnitten. Nach einer Kennzeichnung der kleineren Vorträge, die den Reichstag beschäftigt haben, zieht der Redner die Lehre aus dem ostasiatischen Krieg, dessen Ausgang für Sieger und Besiegte den Segen des Friedens predigt, statt neuer Rüstungen. Er behandelt im Zusammenhang damit die auswärtige Politik, die Eitelkeit und Geheimnisträumerei der Diplomatie in der Marokkofrage, die englische Deyerei, die Bemühungen um die Gunst Amerikas, die „Gefälligkeiten“ gegen Rußland, isolierte Stellung Deutschlands in der Welt, das Klammern der äußeren und inneren deutschen Politik. Für die Volkspartei ergibt sich aus alledem die gefestigte Erkenntnis, an den wahren demokratischen Grundsätzen festzuhalten.

Die Rede erntete großen Beifall und war ein Höhepunkt des Parteitage. Reichstagsabgeordneter Schweitzer schlägt eine Resolution vor, die fordert, daß angesichts der Fleischnot sofort die Grenzsperrung ausgiebig gemildert werde.

Kercher-Stuttgart beantragte im Namen der Jungen Volkspartei einen Beschluß, der die Stellungnahme der Demokratie zur deutschen auswärtigen Politik im Sinne der Payerschen Rede kundgibt. Er lautet: Die von der auswärtigen Politik berührten kulturellen, wirtschaftlichen und nationalen Güter fordern ebenso gebieterisch wie die zeitgenössischen Erfahrungen von allen Kulturstaaten und nicht zuletzt von Deutschland:

einen Ausbau des Systems internationaler Schiedsverträge und schiedlicher Streitlichung, sowie eine Politik der offenen Türen in allen Kolonien, eine Verminderung sprunghafter und nervöser Behandlung, der internationalen Beziehungen seitens der Regierungen und der von ihr inspirierten Presse; eine Einschränkung des Apparats demonstrativer Monarchenbesuche mit ihren lärmenden Preßkommentaren, ihren Scheinerfolgen und

Rückschlägen; eine Ausschaltung des autokratischen Einflusses persönlicher Sympathien, Antipathien oder Bestimmungen der Staatsoberhäupter auf die Verhältnisse der Völker zueinander, und eine regelmäßige parlamentarische Berichterstattung seitens der Regierungen, zum mindesten Vorlegung der ausgetauschten Noten und Korrespondenzen.

Es ist anzuerkennen, daß während der diplomatischen Spannung des letzten Sommers Parlament und öffentliche Meinung von Frankreich durch die Desavouierung ministerieller Fehler und durch eine von andern Ländern nicht geübte Selbstzucht gegenüber der eigenen Diplomatie dem europäischen Gesamtinteresse einen wertvollen und vorbildlichen Dienst geleistet haben.

Beide Erklärungen wurden einstimmig angenommen.

Auf diese Abrechnung mit der herrschenden Politik folgte eine Verhandlung von Bedeutung für die Zukunft des deutschen Parteiwesens; über den Zusammenschluß der Linken. Landtagsabgeordneter Dejer-Frankfurt erstattete das einleitende Referat. Er schilderte den geschichtlichen Verlauf der bisherigen Einigungsbestrebungen und gab mit Bedauern davon Kenntnis, daß der Wiesbadener Parteitag der Freisinnigen Volkspartei sich ablehnend gegen die Aufnahme der Nationalsozialen in den Block ausgesprochen hat. Inzwischen habe das gute Einvernehmen vielerorts so gute Fortschritte gemacht, z. B. auch bei den bayerischen Wahlen, daß man eigentlich über die Heilbronner Resolution hinausgewachsen sei. Nicht die Form des Zusammenschlusses sei die Hauptsache, sondern der frische Geist. Der notwendige Kampf gegen das reaktionär gewordene Zentrum und die Unmöglichkeit, der Sozialdemokratie nachzulaufen, die immer noch in ihrer falschen Taktik gegen die bürgerliche Linke verharret, wirken zusammen, um die entschiedenen liberalen Parteien in der Weiterarbeit auf dem in Angriff genommenen Boden beharren zu lassen. So werde eine bessere Zukunft kommen.

Es entspann sich eine wichtige Debatte. Ein fortschrittlicher Redner, Dr. Rudolf Weiger-Frankfurt, der Grüße vom freisinnigen Wiesbadener Parteitag überbrachte, erklärte persönlich seine Sympathie für den Einigungsgedanken. Dr. Ludwig Brud-Frankfurt sagte die neue Stellung der Parteien nach dem Wiesbadener Beschluß pessimistischer auf, hielt aber doch die große, soziale liberale Partei, zu der die Demokratie den Kern und Kristallisationspunkt liefern müsse, für eine unbedingte Notwendigkeit der Zeit. Ein Nationalsozialer, Dr. Ernst Eahn-Frankfurt, erklärte, daß die Nationalsozialen sich auch durch den Wiesbadener Freisinnigen-Beschluß nicht kopfscheu machen lassen, für die geistige, politische und soziale Freiheit weiterzustreiten. Dr. Meyer-Strasbourg wies vom elässischen Standpunkt auf den Merkantilismus als den gemeinsamen Feind hin und setzte seine Hoffnung auf den Jungfreisinn. Luidde betonte, daß die Nationalsozialen allerdings in der „Weltpolitik“ sich vom demokratischen Ideal trennen, daß aber der Wiesbadener Beschluß gleichwohl unbegreiflich sei, weil es sich ja nur um eine Annäherung, nicht um eine Verschmelzung der Parteien handle. Payer mahnt zur Geduld und zum Ausdauern, auf dem als recht erkannten Wege, zur praktischen, positiven Politik. So schloß die Diskussion immerhin mit gutem Ausblick in die Zukunft.

Die Eisenbahntarifreform war der nächste Gegenstand. Hummel-Karlsruhe erstattete das Referat. Er legte dar, daß die Betriebsmittelgemeinschaft nur geringen Nutzen verspreche, während die sogenannte Tarifreform Buddes einer wirklichen Reform den Weg verperrte. Deshalb sei sie höflich abzulehnen. Die kurze Debatte ergab, daß die Frage noch weiterer Erörterung bedarf.

Angenommen wurde noch ein Karlsruher Antrag, der die Lage der industriellen Angestellten heben will. Auch einige Resolutionen zur Auswärtigen Politik kamen noch zur Behandlung, konnten jedoch der vorgerückten Zeit halber nicht endgültig erledigt werden. Der nächstjährige Parteitag wird in München tagen.

Den Schluß bildete die Entgegennahme des Gemeindepogramms, wie es aus den Beratungen der Redaktionskommission hervorgegangen ist, und über das Konrad Haasmann referierte. Es hält sich im wesentlichen an den Stuttgarter Vorschlag, der in einzelnen wesentlichen Punkten erweitert und erläutert ist. Der Parteitag beschloß, den Entwurf grundsätzlich gutzuheißen, vorbehaltlich einer Durchsicht auf dem nächsten Parteitag auf Grund der bis dahin eingehenden Anträge.

Um zwei Uhr, nach fünfständiger Beratung, schloß die Sitzung. Es folgte ein gemeinsames Mittagsmahl mit guten Tischreden Dejers, Payers, Bruds, Musers, Luiddes, Leymanns und Haasmanns. Den Beschluß bildete ein geselliges Beisammensein im Palmengarten.

Die Wahlen zu den Ausschüssen ergaben folgendes Resultat:

#### Engerer Ausschuß:

Dr. Brud, Dr. Goldschmidt, M. W. Hohenemser, Rudolf Lefer, Dr. Köhler, Leopold Sonnemann, Georg Wedel, Dr. Zirndorfer, sämtlich in Frankfurt a. M.

#### Weiterer Ausschuß:

Bez.-Heilbronn, Blod-Hirth, Dr. Elß-Stuttgart, Dr. Ludw. Haas-Karlsruhe, Fr. Haasmann-Stuttgart, K. Haasmann-Stuttgart, Heimbürger-Karlsruhe, Hoffmann-Bruchsal, Käs-Badnang, Köhl-Würzburg, Kohn-Dortmund, M. Lang-Kirchheimbolanden, Piesching-Tübingen, Linberger-Nürnberg, Mainzer-Mannheim, Mayer-Ulm, Mayer-Mainz, Niersberger-Nürnberg, Muser-Offenburg, Prof. Oshoff-Heidelberg, Payer-Stuttgart, Luidde-München, Richter-Forzheim, Rieth-Wschaffenburg, Rohr-Kaiserslautern, Schidler-Stuttgart, Schweikardt-Tübingen, Siegel-München, Storz-Heidenheim, Beneden-Konstanz, Wagner-Stuttgart, Wiesner-Schwabach.

Rechnungsprüfer: Fink-Karlsruhe, Mainzer-Mannheim, Mayerjohu-München.

#### Zusatz.

Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei in Wiesbaden hat einen Beschluß gefaßt, der mit Be-

dauern registriert werden muß. Er hat sich ablehnend gegen die Aufnahme der Nationalsozialen in den Block der Liberalen ausgesprochen. Die betreffende Resolution, von der in nächster Zeit öfter die Rede sein wird, lautet:

„Der Parteitag erachtet es für geboten, das bestehende gute Einvernehmen mit der Deutschen Volkspartei in jeder Weise zu fördern. Der Parteitag ist ferner der Ueberzeugung, daß ein freundschaftliches Verhältnis zur Freisinnigen Vereinigung wie zu anderen liberalen Parteigruppen im Interesse des Gesamtliberalismus zu unterstützen ist. Der Parteitag hält aber ein Zusammenwirken mit nationalsozialen Elementen für eine politische Unmöglichkeit, gleichviel, welcher politischen Gruppe sie sich anschließen. Der Parteitag ersucht den geschäftsführenden Ausschuß, nach wie vor, insbesondere bei den Wahlen, in diesem Sinne zu verfahren.“

Außerdem nahm der Parteitag noch Resolutionen gegen die weitere Ausbildung der Autokratie und gegen chauvinistische Treibereien im Verhältnis von England zu Deutschland an. Ein Antrag Königsberg betreffend Ministerverantwortlichkeit wird gleichfalls zur Debatte gestellt und vom Abgeordneten Gylling begründet. Auf die Verhandlungen kommen wir noch im Zusammenhang zurück.

#### Die ungarische Krise.

Graf Cziraky reiste auf seine Besitzung nach Oedenburg ab; seine Mission erscheint somit beendet. Im leitenden Ausschuß der Koalition berichtete Kossuth über den Wiener Empfang und unterbreitete dem Ausschuß sowohl das vom König erhaltene Programm, als auch den Text der darauf erteilten Antwort, die durch den Grafen Cziraky dem König zugesandt wurde. Der Ausschuß erklärte, daß er das Vorgehen der Parteiführer billige; er gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Vertrauensmänner der ungarischen Mehrheit vom König gar nicht angehört wurden. Der Ausschuß äußerte seine Entrüstung über diejenigen, die dem König dieses Vorgehen ange raten haben und billigte sowohl die Ablehnung der Verhandlungen mit dem Grafen Soluchowski als auch die abschlägige Antwort der Parteiführer auf die Vorschläge des Königs. Noch heute soll eine Proklamation der koalitierten Parteien an das Volk ausgegeben werden.

Aus Budapest meldet die Post. Jg.: Fejervary reist heute nach Wien, wo die Entscheidung getroffen werden soll, ob er weiter im Amt bleibt. Falls er weiter geschäftsführender Kabinettschef bleibt, kann angenommen werden, daß der Kaiser das allgemeine Wahlrecht zugestimmt; doch ohne diese Reform ist sein Verbleiben im Amte ausgeschlossen.

#### Das schwedisch-norwegische Uebereinkommen.

Die Schwedischen und die norwegischen Delegierten einigten sich in Karlstad über folgenden Entwurf zu einem Uebereinkommen zwischen beiden Reichen betr. die Verweisung der Streitigkeiten an ein Schiedsgericht: Die Reiche verpflichten sich, an den Schiedsgerichtshof in Haag diejenigen Streitigkeiten zu verweisen, die nicht die Unabgängigkeit, die Integrität und die vitalen Interessen beider Länder berühren. Sollten sich die beiden Reiche nicht darüber einig werden können, ob ein entstehender Streit vitale Interessen eines Landes berührt, so wird diese Frage der Entscheidung des Schiedsgerichts unterworfen. Zur Entscheidung durch das Haager Schiedsgericht werden jedoch nicht Streitigkeiten über Auslegung oder Durchführung des Uebereinkommens verwiesen, das im Zusammenhang mit der Auflösung der Union abgeschlossen wird. Das Uebereinkommen soll 10 Jahre vom Tage der Unterzeichnung an gehalten und für einen gleichen Zeitraum verlängert werden, wenn es nicht von einer Seite mindestens zwei Jahre vor Ausgang der zehnjährigen Periode gekündigt wird.

#### Tages-Chronik.

**Berlin, 25. Sept.** Die Entnahmen der preussischen Eisenbahnverwaltung haben, der Deutschen Tagesztg. zufolge, im Monat August d. J. eine Höhe erreicht, wie noch in keinem Monat zuvor; sie betragen über 150 Millionen Mark.

**Berlin, 25. Sept.** Der Lok.-Anz. schreibt: Die Anwesenheit des Reichsanzlers, Fürsten Bülow, in Berlin wird wahrscheinlich die Entscheidung in verschiedenen wichtigen Fragen bringen, so auf dem Gebiete der Reichsfinanzen und der schwebenden kolonialen Angelegenheiten. Fürst Bülow wird während seiner Anwesenheit in Berlin mit den in Frage kommenden Persönlichkeiten Rücksprache halten.

**Berlin, 25. Sept.** Die wegen einer Einigung zwischen Fiskus und Bergindufrie heute unter Teilnahme von Emil Kirdorf (Kohlenyndikat) und Karl Fürstenberg (Gerne G. m. b. H.) stattgehabte Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, sie werden morgen fortgesetzt.

**Kattowiß, 25. Sept.** Verbrüderungsverhandlungen zwischen Zentrum und Posen bereitet der neugegründete polnische Volksverein vor. Es schweben nach der „Kattowißer Zeitung“ geheime Verhandlungen, die eine Beseitigung der Kandidaturen Korfanty und Kapiza bezwecken. Es soll eine neue, beiden Lagern genehme Kandidatur für die Reichstagsersatzwahl in Kattowiß-Fabrze aufgestellt werden.

**Solingen, 25. Sept.** Aus Anlaß der Differenzen der Schlagereibesitzer mit dem deutschen Metallarbeiterverband ist in 27 Betrieben annähernd 1000 Arbeiter gekündigt worden. Die Kündigung wird aufrecht erhalten, wenn der Metallarbeiterverband nicht den verhängten Streik über die Firmen Rauh und Weyersberg, Kirchsbaum und Co., sowie die Sperre bei der Firma Röhle aufhebt.

**Lübeck, 25. Sept.** Der 16 Wochen andauernde Bauarbeiterstreik hat heute mit der Niederlage der Arbeiter geendet, und zwar nach Vereinbarung eines zweijährigen Lohns auf Grund der vor dem Streik von den Arbeitgebern angebotenen fünfprozentigen Lohnerhöhung zum 1. April 1906.

**Lübeck, 25. Sept.** Die Wahlmännerwahlen

